der Freitag | Nr. 24 | 14. Juni 2012



■ Philipp Wurm

ur die Überwachungskamera, die an der Tür festgeschraubt ist und die Straße ausspäht wie das riesenhafte Auge eines Insekts, ist in Bewegung. Sonst sieht das Haus genauso verlassen aus wie viele andere hier in den Dörfern von Sachsen-Anhalt. Hinter den Fenstern sind die Rollladen runtergezogen. Von der Fassade bröckelt Putz. An der Einfahrt wuchert kniehoch Unkraut. Hier wohnen Hans Peter W., 54, und Günter G., 64, die als junge Männer mehrmals Frauen vergewaltigt haben und heute, nach ihrer Entlassung aus der Sicherungsverwahrung, eine Art neues Leben führen sollen. Hier in Insel, einem 400-Seelen-Vorort von Stendal. Die Männer spielen Karten und surfen im Internet. Sie planen, aus dem Geisterhaus ein Wohnhaus zu machen und im Garten Gras zu säen. Manchmal steigen sie auf ihre Mopeds und essen an der Elbe ein Eis.

Wenn sie aus ihrem Haus auf die Straße schauen, blicken sie auf Mannschaftswagen der Polizei. Tag und Nacht harren die dort aus. Dreißig Beamte schützen sie vor den Dorfbewohnern, die sie vertreiben wollen und deren Verwünschungen in gewalttätige Lynchjustiz ausufern könnten. Zumindest fürchten das die Landespolitiker. Nun demonstrieren einmal in der Woche etwa vierzig Bürger. Einige halten Transparente hoch, andere rufen "Raus aus Insel". Vor knapp zwei Wochen habe einige, flankiert von Neonazis aus der Umgebung, versucht, das Haus zu erstürmen. Eine Belagerung also, die in dieser Altmärker Dorfidylle mit Kopfsteinpflaster und krähenden Hähnen einen Ausnahmezustand entste-

Wer kämpft hier gegen wen?

Aber dieser Aufruhr von Insel ist durchaus bedeutsam. Er wirft exemplarisch die Frage auf, ob unsere Gesellschaft willens und überhaupt in der Lage ist, schweren Sexualstraftätern ein menschenwürdiges Leben zu gewähren. Tätern, deren Verbrechen Jahrzehnte her sind und die ihre Strafe verbüßt haben. Psychologische Gutachter haben Hans-Peter W. und Günter G. bescheinigt, mittlerweile ungefährlich zu sein. Beide erfüllen die Bewährungsauflagen wie

Verzicht auf Alkohol. Wer im Dorf selbst dafür ist, dass die Männer hier ihren Lebensabend verbringen dürfen, wird beleidigt und fühlt sich bedroht. Beate R. (Name geändert) ist eine Nachbarin der beiden Zuzügler, eine Mittvierzigerin mit brünetten Strähnen: "Ich bin froh, dass die Bullen da sind." Sie zählt zu den etwa zwanzig Dorfbewohnern, die ein vorsichtiges Verhältnis zu ihnen aufgebaut hat. Hin und wieder trinkt sie mit ihnen Kaffee. Ihre Offenheit begründet sie mit einem Satz, der ihr keine Freunde im Ort einbringen dürfte: "Das Dorf wäre leer, wenn wir jeden verscheuchen, der Dreck am Stecken hat." Ihr Haus vis-à-vis wirkt

wie ein Spiegelbild: Die Fassade ist genauso verwittert. Auf dem Oberarm prangt ein Tattoo, und sie redet zu schnoddrig, um als feine Dame durchzugehen.

Beate R. schimpft über "Doppelmoral" und "Verlogenheit". Um ihren Groll besser zu verstehen, muss man einen Blick in einen Aktenordner werfen, den sie vorzeigt. Darin findet sich ein Urteil des Landgerichts Stendal über eine Straftat von 2005. Damals vergewaltigte ein 20-Jähriger aus dem Dorf ihre 12-jährige Tochter. "Sexueller Missbrauch an einem Kind", urteilte der Richter und verhängte eine dreijährige Bewährungsstrafe.

R. erzählt, nach dem Vorfall seien bösen Worte gefallen, ihre Tochter wurde als Schlampe bezeichnet, die den Sex selbst gewollt habe. Die gleichen Leute, die vor ein paar Jahren ein misshandeltes Kind verhöhnten, zählen heute zu den Empörten, die "Perverslinge" aus ihrem Dorf verscheuchen wollen. Das behauptet zumindest Beate R. Ob ihre Beobachtung stimmt, lässt sich nicht überprüfen. Trotzdem verfestigt sich der Eindruck einer zerrissenen Dorfgemeinschaft.

Zwei Busse halten auf der schmalen Dorfstraße, aus ihnen strömen 70 Landtagsabgeordnete aus Magdeburg, mehr als zwei Drittel des Parlaments. Vor dem Gemeindehaus aus Backstein entrollen sie ein Banner: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Die Kundgebung ist ein Reflex auf den Plan der NPD, an diesem Tag hier eine Versammlung abzuhalten und sich mit dem Dorf zu solidarisieren. Als die Polizei auf den letzten Drücker ein Demonstationsverbot durchsetzt, ist die Reise des Landtags in die Provinz schon längst abgemachte Sache.

Die Visite wird zu einem Medienereignis und von zig Sendern in die Republik übertragen. Die Adressaten vor Ort verfehlt sie aber: Die Menschen aus Insel bleiben zu Hause und schauen das Eröffnungsspiel der Europameisterschaft oder starten ins Wochenende. Auf "Oberlehrer" habe er keine Lust, zürnt Nico Stiller, ein Landschaftsarchitekt und zugleich Sprecher der Bürgerinitiative, die ihr "Anliegen friedlich vertreten will". Die Landesregierung hätte sie über Monate mit den Sorgen alleingelassen, wie Aussätzige behandelt, jetzt wolle man sich nicht die Welt erklären lassen.

Alexander von Bismarck, Anfang 60, ist der Ortsbürgermeister und ein Urgroßneffe jenes Reichskanzlers, der sagte, dass die "großen Fragen der Zeit durch Eisen und Blut entschieden werden". Während die Landtagsabgeordneten mit Ministerpräsident Reiner Haseloff, CDU, an der Spitze ziellos durchs Dorf prozessieren, steht er mit einem frischen Pils im Garten seines Herrenhauses. Das Schloss, 1736 erbaut, ist ein Barocktraum in Zitronengelb und Weiß. Dort sinniert er über den guten Willen jener, die für Hans-Peter W. und Günter G. sind – in einem Tonfall, der gönnerhaft klingen soll, tatsächlich aber das brüchige Sozialgefüge nur weiter zertrümmert. "Das sind zwei, drei Leute, die nie etwas zu sagen hatten, immer am Rand standen. Dass die jetzt die Gelegenheit nutzen, um sich zu Wort zu melden, ist doch menschlich ver-

Bismarck boykottiert den Aufmarsch der Politiker, die er für eine "Schauveranstaltung" hält. Er will mit seinem Empfang den Bürgern, die der Parade der Auswärtigen fernbleiben, ein Refugium bieten. Etwa zwanzig sind seiner Einladung gefolgt. Bismarck, auch CDU, betrachtet sich als jovialen Bürgervertreter. Reiner Haseloff ihn als "Populist". Den Zuzug von Hans-Peter W. und Günter G. im Juli 2011 empfand Bismarck als eine "Nacht-und-Nebel-Aktion", über die Köpfe der Dorfbewohner hinweg.

Als vergangene Woche die Nachricht durchsickert, dass die NPD in Insel auflaufen will, distanziert er sich scharf von rechtsradikalen Trittbrettfahrern. Aber vom Volkszorn der bürgerlichen Mitte, der sich in Parolen wie "Keine Insel für Straftäter" entlädt, grenzt er sich nicht ab, manche sagen, Bismarck befeuere ihn sogar.

"Das Dorf wäre leer, wenn wir jeden verscheuchen, der Dreck am Stecken hat"

Der Adlige zog nach der Wende aus dem schleswig-holsteinischen Mölln in das Herrenhaus. Zu DDR-Zeiten war das Schloss aus dem Familienbesitz von der Gemeinde bewirtschaftet worden. Es gibt eine bizarre Parallele zu den beiden Ex-Sicherungsverwahrten: Bismarck kennt die Enge einer Gefängniszelle. 1986 wurde er zu einer dreijährigen Haftstrafe wegen Betrugs verurteilt. Er soll mit einer Scheinfirma Geldanleger übers Ohr gehauen haben. Seine Resozialisierung ist offenbar gelungen: Heute betreibt er ein Geschäft, das Weihnachtsdeko verkauft, Kränze, Kerzen, Christbaumkugeln.

Ob Hans-Peter W. und Günter G. sich hier wirklich resozialisieren können, bleibt unklar. Die beiden sind umzingelt von Menschen, die sie anfeinden, und Polizisten, die sie deshalb schützen müssen. Nur Hans-Jochen Tschiche, der 82-jährige Kämpe der DDR-Bürgerrechtsbewegung, ist einer ihrer wenigen Vertrauenspersonen. Sie nennen ihn Opa. Tschiche, früher Pfarrer, besucht sie regelmäßig. Als die Landtagsabgeordneten im Dorf ihren Banner ausbreiten, hält er sich im Hintergrund, ein stiller Beobachter mit sanftem Blick. Er erzählt, Hans-Peter W. und Günter G. würden zusammenleben wie ein "leicht verschrobenes, älteres Ehepaar". Manchmal empfängt er sie auf seinem Grundstück in der Nähe von Haldensleben, wo sie zuletzt Würstchen gegrillt haben. Das erste Mal in ihrem Leben, sagt Tschiche.

Ist das die bürgerliche Mitte?

Hans-Peter W., ein gelernter Holzmechaniker, sucht erfolglos nach Arbeit; Günter G. ist zu alt für einen Job. Dass sie überhaupt in Insel strandeten, hat mit dem Tierarzt Edgar von Cramm zu tun. Als die beiden noch in der JVA Freiburg einsaßen, 580 Kilometer entfernt, hat er ihre Wellensittiche verarztet. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Anfang 2011, das die Praxis der nachträglichen Sicherungsverwahrung für unrechtmäßig erklärte, ebnete den Weg für eine schnelle Haftentlassung. Cramm, ein religiöser Mensch, beschloss das Haus in der Luise-Mewis-Straße, das seiner Großmutter gehörte, an Hans-Peter W. und Günter G. zu vermieten.

Nun, nach der Kundgebung der Landtagsabgeordneten, gibt die Bürgerinitiative bekannt, sie verzichte künftig auf Demos. Es soll Ruhe einkehren. Politiker, Reporter, Nazis, Polizisten, all das hat sie zermürbt. Und auch die Zahl der Einsatzkräfte soll reduziert werden.

Vielleicht kündet dieser Rückzug ja von einem baldigen Ende der Hetze. Das wäre auch für andere Städte und Gemeinden, in denen als ungefährlich eingestufte Ex-Sexualstraftäter gebrandmarkt werden, ein wichtiges Signal. Wenn sich die Wortführer in Insel allerdings weiter sträuben, den beiden eine Chance zu geben, wäre das auch ein Fingerzeig für den Rest des Landes: Die Frage nämlich, ob unsere Gesellschaft in der Lage ist, sich mit ehemaligen Vergewaltigern zu versöhnen, hätte sich dann bis auf Weiteres erübrigt. Die Politik hat mit ihrer Kundgebung eine erste, wenn auch pastorale Antwort gegeben. Das Leben aber ist freilich komplizierter. Vielleicht sollte man es genauso machen wie Hans-Jochen Tschiche: die neuen Nachbarn einfach mal besuchen. Sie müssen Hans-Peter W. und Günter G. ja nicht gleich sympathisch finden. Aber ein Ort zum Leben sollten sie ihnen nicht verweigern. Am besten auf ihrer

Philipp Wurm, geboren 1980, arbeitet als freier Reporter und lebt in Berlin





Alexander von Bismarck (oben): Der Bürgermeister von Insel ist ein Urgroßneffe des Reichskanzlers. Das Haus von Hans-Peter W. und Günter G. (unten)